Rundschreiben Nr.30

Inhalt:

1) Erklärung der Leitung des KB Wien zum Vorschlag der Leitung des KB Sa/Ha und zu den Stellungnahmen des KB Graz und der KG Klagenfurt. Diese Erklärung wurde un der Leitung am 23.7.75 einstimmig beschlossen.
2) Vorschlag der Leitung des KB Wien für die Konferenz am 2./3.8.75 für eine einheitliche Politik zu den NR-Wahlen.
3) Beschluß der Leitung und Vorschlag an die kommunistische Bewegung zur Abtreibungsfrage.
4) Der Beitrag der Agit-Prop-Kommission "Die Wandzeitungen müssen besser als Mittel der Agitation und Propaganda eingesetzt werden!"

Die Stellungnahmen bzw. der Vorschlag der anderen Organisationen zur Frage der nationalen Vereinheitlichung haben alle Kollektivleiter erhalten. Sie sollten nun gemeinsam mit der Erklärung der Leitung in den Kollektiven und Kollektivverbänden diskutiert werden.

Die Chile-Materialien sind noch nicht fertiggestellt; sobald dies der Fall ist, werden wir sie abziehen.

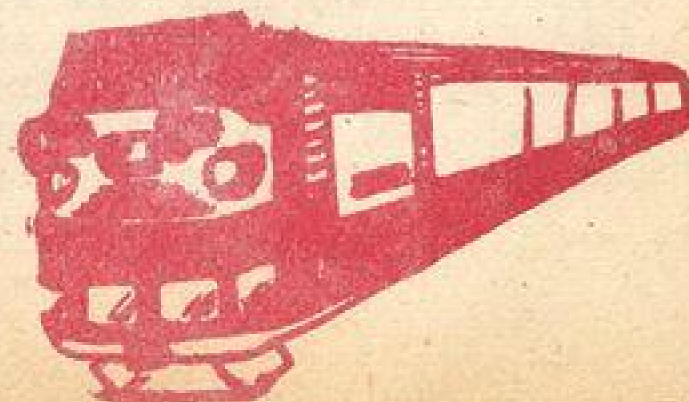
Im Sinne des weiteren ideologischen Aufbaus der Organisation hat der StA beschlossen, am 30./31.8.1975 eine Schulung bzw. Beratung zum demokratischen Kampf abzuhalten, an der alle Kollektivleiter teilnehmen sollen. Überdies ist es zweckmäßig, wieder ca. 10 weitere GEnossen hinzuziehen, die nach den selben Gesichtspunkten auszuwählen sind, wie bei der Krisenschulung. Abmeldung an den Gen.H.W., der für die Schulung/Beratung verantwortlich ist.

Am 11./12.9.1975 werden wir neuerlich eine Schulung bzw. Beratung zur Krise abhalten, um diese Fragen noch eingehender zu behandeln.

Der KB betrachtet es als seine Aufgabe, auch einen entscheidenden Beitrag zur ideologischen Aufrüstung der Massenorganisationen zu leisten. Der StA hat beschlossen,
am
2./3.8.1975 (Beginn 9h in der Halbgasse) mit den Leitungen von MLS, RSB und VUV sowie den Zellen-bzw.Sektionsleitern eine Schulung/Beratung zur Krise und
am 6./7.9.1975 eine Schulung/Beratung über den demokratischen Kampf abzuhalten.
Für die Beratung am 2./3.8.75 sollen möglichst rasch die Anmeldungen bei Gen.H.W. einlangen.
Die Beratung am 6./7.9.75 fällt mit dem Volksstimmefest zusammen. Bereits jetzt ist es sinnvoll, dafür zu sorgen, daß die KB-Kollektive und jene Genossen aus den Massenorganisationen, die nicht an der Beratung teilnehmen, diesen Termin freihalten, um dort agitieren zu können.

Wir wollen nochmals an die Spendensammlung erinnern, damit alle Kräfte angespannt werden, um das Ziel von 90.000.- zu erreichen.

23.7.1975 P.P.



DIE WANDZEITUNGEN MÜSSEN BESSER ALS MITTEL DER AGITATION UND PROPAGANDA EINGESETZT WERDEN!

Was wollen wir mit der WZ erreichen?

Die Hauptseite der WZ ist ihre Funktion als eigenständiges Mittel der Agit. und Prop. Mit einem relativ geringen Aufwand können wir unseren Standpunkt zu aktuellen Fragen in breitester Weise ins Volk tragen. Die WZ, die seit 6 Monaten erscheinen, zeigen, daß es möglich ist, auf den WZ zwei bis drei Themen zu behandeln, eines davon sogar recht ausführlich.
Die Nebenseite der WZ ist ihre Funktion als Propagandamittel für unsere Zeitung. Das geschieht in erster Linie dadurch, daß die Leser mit bestimmten Positionen unserer Organisation bekannt werden und so ihr Interesse an einer ausführlichen Information wächst. In zweiter Linie propagieren wir den Verkauf der Zeitung dadurch, daß das Plakat den selben Titel und eine Verkaufsankündigung enthält.

Was folgt daraus für Inhalt und Form der Wandzeitung?

Als eigenständiges Mittel wird die WZ die Fragen, die aktuell im Vordergrund stehen behandeln. Das werden, wenn wir eine gute Zeitung machen, die Hauptthemen der Zeitung sein. Wir müssen aber lernen, diese spezielle Form zu benützen. Die WZ wird während eines kurzen Aufenthaltes, meist bei einer Station gelesen. Entsprechend kurz und prägnant müssen die Sprache und die ganze Aufmachung sein. Die Artikel sollen möglichst nur einen Aspekt - den wichtigsten - einer Sache behandeln und agitatorisch sein.

Wo sollen die Wandzeitungen plakatiert werden?

Daraus ergibt sich: sinnvoll ist es nur dort zu plakatieren, wo die WZ tatsächlich gelesen werden können. In erster Linie sind dafür Straßenbahn, Stadtbahn, Autobusstationen, weiters Märkte usw. geeignet. Die Plakate sollten möglichst immer an dieselben Plätze geklebt werden und möglichst nachplakatiert werden. Die Einheiten sollten sich vor Augen halten, daß das Plakatieren auch dann sinnvoll ist, wenn auch schon vorher die Zeitung am entsprechenden Platz verkauft wurde oder wenn an diesem Ort überhaupt nicht verkauft wird.

Welche Erfahrungen wurden bisher mit den Wandzeitungen gemacht?

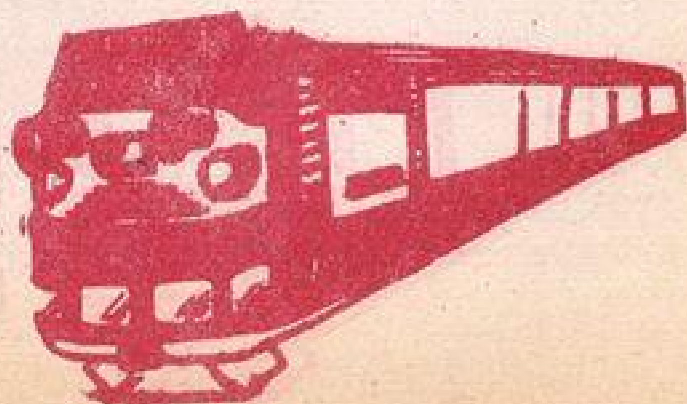
Obwohl die Fragebögen über die WZ nur von 40% der Einheiten ausgefüllt wurden (?!) läßt sich aus den Fragebögen und der Erfahrung einzelner Kollektive schließen, daß:
Ein hoher Prozentsatz der Käufer des Klaka schon vorher die WZ gelesen hatte und daß die WZ überhaupt gelesen werden, und daß durch die WZ viele den ersten Kontakt zu unserer Organisation bekamen uns so zu näheren und genaueren Kontakten bewegt wurden. (das bestätigen z.B. die gewonnenen Sympathisanten im 16.Bez.).
Insgesamt ist aber noch so, daß im allgemeinen weder die WZ überlegt eingesetzt werden, noch deren Einsatz danach geprüft wird. In Gesprächen mit Zeitungskäufern und solchen, die nur an einer Diskussion interessiert sind, ließe sich sehr einfach die Wirkung überprüfen. Vor allem aber Sympathisanten und Kontakte könnten und sollten auch über die WZ befragt werden.
Die Einheiten sollten auch die WZ einschätzen, die eigene Verwendung überprüfen; alle Erfahrungen sollten in den Zeitungsprotokollen und den Kollektivberichten zusammengefaßt werden bzw. direkt an die Agitpropkomission berichtet werden.

Wandzeitungen für die Stadtteilarbeit?

Von den Formen her gibt es zwei Richtungen, in denen sich die Agit.-Prop-Arbeit im Wohnviertel entwickeln wird:
Intensivierung durch Hausverkauf der Zeitung, Stecken von Flugblättern in Wohnungen, Hofagitation usw. Das sind sicher die Hauptmethoden, mit denen wir intensive und überprüfbare Agit-Prop im Wohnviertel (d.h.in der Straße) machen können.
Daneben wird es aber notwendig sein, weiterhin unsere Tätigkeit zu verbreitern. Flugblätter sind für diese breite Arbeit nicht sehr taugliche Instrumente. Wenn in einem Stadtteil von denjenigen, die man überhaupt erreicht, jeder eines von zehn Flugblättern bekommt, wird er eine recht eigenartige Vorstellung von unserer Politik bekommen. Vor allem ist das Flugblattverteilen im Stadtteil wie ein Faß ohne Boden. Die Wirkung kann ebenfalls kaum überprüft werden.
Wenn es auch sicherlich richtig ist, an bestimmten Stellen, an denen man meist dieselben Leute erreicht, Flugblätter zu verteilen - ein Flugblatt kann durch nichts ersetzt werden, denn man kann es nach Hause mitnehmen und genau studieren - müssen wir uns für die Agitation in die Breite doch andere Mittel einfallen lassen.
Eine Methode über die vor allem in den Stadtteilkolektiven diskutiert werden sollte, ist eine wöchentliche oder zweiwöchentliche große handgeschriebene Wandzeitung (auf mehreren Packpapierbögen) an einer zentralen Stelle im Stadtteil. Wenn es so eine telle nicht gibt, kann auch bei der Gemeinde ein fixer Ständer oder mehrere angemeldet werden (Kosten 20-50.- je nach Dauer der Besichtigung des tandplatzes). Später könnte auch zu einer zentralen Herstellung der WZ übergegangen werden (eventuell Siebdruck oder Lichtpausen,Kosten?) und die Zahl der Plakatplätze ausgedehnt werden.

im Auftrag der Agit-Prop-Kommission

F.N.



DIE ROTE LOK

herausgegeben vom kommunistischen bund wien
für die kollegen in der öbb

ERKLÄRUNG DER LEITUNG DES KB WIEN ZUM VORSCHLAG DER LEITUNG DES KB SALZBURG/HALLEIN UND ZU DEN STELLUNGNAHMEN DES KB GRAZ UND DER KG KLAGENFURT

In knapper Abfolge haben wir den "Offenen Brief und Vorschlag der Leitung des KB Salzburg/Hallein" zur nationalen Vereinheitlichung (7.7.75), den Rundbrief der KG Klagenfurt zu dieser Frage und der Frage der NR-Wahlen (11.7.75) und die Antwort der Leitung des KB Graz auf den Salzburger Offenen Brief (17.7.75) erhalten und unseren Mitgliedern zur Kenntnis gebracht.

Wie ist unsere Haltung zu den aufgeworfenen Fragen ?

Wir sind einer Meinung mit den Genossen aus Salzburg, Klagenfurt und Graz darüber, daß in den Bemühungen um die Einheit der marxistisch-leninistischen Bewegung in Österreich in den letzten Monaten nicht die erhofften, notwendigen und möglichen Fortschritte erzielt worden sind. Wir sind einer Meinung mit ihnen darüber, daß konkrete Schritte gesetzt werden müssen, um eine gewisse Stagnation in diesen Bemühungen zu überwinden.

Nicht teilen können wir zu einem großen Teil die Auffassungen der Salzburger, Grazer und Klagenfurter Genossen darüber, worin die in gewisser Hinsicht eingetretene Stagnation besteht, was die Ursachen dafür sind und wie sie überwunden werden soll.

<u>In welcher Hinsicht ist eine Stagnation in den Bemühungen um die nationale Vereinheitlichung der marxistisch-leninistischen Bewegung in Österreich eingetreten ?</u>

Diese Frage läßt sich nur beantworten, wenn man sich das unmittelbar nächste Ziel auf dem Weg zum Aufbau der neuen Partei vor Augen hält : "die Herstellung der Einheit der Marxisten-Leninisten in einer demokratisch-zentralistischen Kampforganisation auf dem Boden einer gemeinsamen ideologischen Grundlage und einer gemeinsamen politischen Linie, einer gemeinsamen Strategie und Taktik." (Bericht über die Beratung kommunistischer Gruppen in Salzburg, 2.2.1975)

Fortschritt und Stagnation sind daran zu messen, wie wir weitergekommen sind in Hinblick auf dieses Ziel : die Herstellung der Einheit möglichst breiter Teile der kommunistischen Bewegung in Österreich auf der Grundlage gemeinsamer programmatischer, taktischer und organisatorischer Auffassungen.

Dabei war es ganz offensichtlich so, daß wir dieses Ziel nicht nur auf dem Weg des Kampfes zwischen <u>bestehenden</u> Auffassungen näherkommen konnten, sondern daß zu entscheidenden Fragen des Programms, zur Taktik und den Organisationsprinzipien diese Auffassungen überhaupt erst <u>ausgearbeitet</u> werden mußten. In vielen solchen Fragen gab es zum Zeitpunkt der Salzburger Konferenz überhaupt keine Festlegungen, in kaum einer Frage gab es von irgendeiner Seite eine gründliche, wissenschaftliche Ausarbeitung der Anschauungen.

Der Hauptmangel in der Beurteilung der Entwicklung seit der Salzburger Konferenz durch die Salzburger Genossen besteht nun darin, daß sie den Blick letztlich nur auf den Kampf um die <u>programmatischen</u> Anschauungen richten und Fortschritt und Stagnation ganz offensichtlich nur an dieser Frage messen. Dem liegt die - früher auch von uns vertretene - Auffassung zugrunde, die mit der Formulierung "Das Programm ist das Hauptkettenglied im Kampf um die nationale Vereinheitlichung" umschrieben wurde und die in einer schematischen, einseitigen Betonung der Rolle des Programms im Prozeß der nationalen Vereinheitlichung besteht.

Dem ist entgegenzuhalten : Die Einheit in der angestrebten nationalen Organisation kann nur hergestellt werden auf der Grundlage einheitlicher programmatischer, taktischer und organisatorischer Ansichten. Für den

Zusammenschluß in einer solchen einheitlichen Organisation ist die Einheit in den taktischen und organisatorischen Ansichten genauso notwendig wie die Einheit in den programmatischen Ansichten.

Das ist rasch einsichtig, wenn man sich vorstellt, was mit dem Zusammenschluß der Marxisten-Leninisten in Österreich auf der bloßen Grundlage eines Programms gewonnen wäre. Dieses Programm könnte doch nur die strategischen und taktischen Grundsätze festlegen - beim ersten praktischen politischen Schritt dieser Organisation müßte der Streit losgehen darüber, wie diesen Grundsätzen in der Festlegung der konkreten Linie in der gegebenen Klassenkampfsituation Geltung verschafft werden müsse, welche Einschätzung der Klassenkampfsituation man dabei überhaupt zugrundelegen müsse usw.

Man muß sich einmal vor Augen halten, daß auch die gegenwärtigen hauptsächlichen Streitpunkte mit der VRAÖ gar nicht so sehr auf der Ebene der Grundsätze liegen bzw. in Erscheinung getreten sind. So auch in der im Salzburger Offenen Brief genannten Frage des Kampfs um die Gewerkschaften : hier wird ja gar nicht die Arbeit der Kommunisten in den parteilosen Massenorganisationen des Proletariats in Frage gestellt, sondern eben die Einschätzung des ÖGB als eine solche Massenorganisation - eine Frage also, die das Programm nicht beantworten wird und die der Salzburger Offene Brief daher auch in die "Programmdebatte" hineinschwindeln muß.

Was für die taktischen Anschauungen gilt, trifft auch auf die organisatorischen Ansichten zu : ohne Einheit darüber könnte das beste Programm die Organisation zu keiner einheitlich handelnden Kampforganisation machen, müßte sie sofort wieder zerfallen oder von Anfang an handlungsunfähig bleiben.

Das zeigt : ohne Einheit in den Grundsätzen ist gar nichts möglich, aber mit der Einheit in den Grundsätzen allein werden wir auf keinen Fall einen einheitlichen Kampfverband im nationalen Maßstab aufbauen können. Der Zusammenschluß der Marxisten-Leninisten Österreichs in einer einheitlichen Kampforganisation wird nur erfolgen können auf der Grundlage eines gemeinsamen Programms und Statuts und einer mehrheitlich beschlossenen und für alle verbindlichen taktischen Festlegung für die Politik der Kommunisten in der gegebenen Klassenkampfsituation. Diese Grundlage kann ganz offensichtlich nicht nur am Schreibtisch geschaffen werden, sondern muß zumindest in einem bestimmten Ausmaß auf der möglichst weitgehenden Entfaltung der Politik der Zirkel und dem Meinungskampf und der Zusammenarbeit in dieser Hinsicht aufbauen können.

Programm,Taktik und Organisationsprinzip - auf keines dieser Elemente können.wir verzichten, wenn der Zusammenschluß Bestand haben soll. Ihre Ausarbeitung und der Kampf um sie muß gleichzeitig in Angriff genommen und vorangetrieben werden. Erst ihre Gesamtheit wird die politische Linie der neuen, nationalen Organisation ausmachen. Dadurch wird in keiner Weise die Bedeutung des Programms herabgemindert - ihm wird nur der Platz und die Funktion zugewiesen, die ihm tatsächlich zukommen : die strategischen und taktischen Grundanschauungen wissenschaftlich zu formulieren und festzulegen. Diese Grundsätze sind der konkreten Festlegung der taktischen Linie für die gegebene Klassenkampfsituation übergeordnet. Die im Statut festgelegten Organisationsprinzipien dienen ihrer Verwirklichung.

Nun könnte man einwenden, daß auch im Salzburger Offenen Brief nicht nur vom Programm die Rede ist. Dem muß aber entgegengehalten werden, daß der ganze Offene Brief von der Einschätzung der Lage in der kommunistischen Bewegung bis hin zu seinem konkreten Vorschlag von dieser einseitigen Hervorhebung und Überbewertung der Programmfrage geprägt ist.

Befreit man sich von der einseitigen Fixierung auf das Programm als "grundlegendsten und ersten Schritt" und lenkt man den Blick auf die gesamte Entwicklung in Hinblick auf das angestrebte Ziel, so zeigt sich seit der Salzburger Konferenz folgendes Bild :

* In der wissenschaftlichen Ausarbeitung und Festlegung der programmatischen Anschauungen, der strategischen und taktischen Grundsätze im öffentlichen Meinungskampf hat es weitgehend Stagnation gegeben. Wohl ist es zu ersten Festlegungen von Seiten einzelner Zirkel gekommen (z.B. in den Rechenschaftsberichten der KBs in Wien, Salzburg und Linz) doch kann noch kaum von einer gründlichen wissenschaftlichen Ausarbeitung der Grundanschauungen die Rede sein und vor allem auch noch sehr wenig von einer klaren Abgrenzung und Auseinandersetzung der unterschiedlichen Auffassungen zu den Grundsätzen.

* In der Untersuchung der Klassenkampfsituation im internationalen und nationalen Maßstab und der Festlegung und Erprobung der Taktik zu den wichtigsten Fragen des Klassenkampfs hat es Fortschritte einzelner Organisationen und in unterschiedlichem Maß gegeben. So glauben wir, daß wir seit unserem Rechenschaftsbericht im Februar Fortschritte in der Einschätzung der gegenwärtigen Situation und in der Entwicklung der politischen Linie zu den wichtigsten Fragen der Krise, ihrer Auswirkungen auf die Lage der Arbeiterklasse und des Volks und der notwendigen Antwort der Arbeiterklasse und des Volks gemacht haben. Wenn diese Ansätze auch noch sehr beschränkt sind - gemessen an den Aufgaben -, so müssen wir jeden Fortschritt in dieser Richtung doch in seiner Bedeutung in Hinblick auf die Schaffung der Voraussetzungen für den nationalen Zusammenschluß doch hoch einschätzen. Woran es vielfach noch gemangelt hat, war gerade diese Einsicht in die Bedeutung des Vorankommens auf dieserEbene, in der Entfaltung der Politik, für die Schaffung der ideologischen und organisatorischen Grundlagen der nationalen Organisation. Dem entsprach ein weitgehendes Fehlen der Auseinandersetzung um die Einschätzung der Klassenkampfsituation und die Linie in den wichtigsten Fragen des Klassenkampfs, mit denen wir heute konfrontiert sind. Im Rahmen der Zusammenarbeit zum 1.Mai ist diese Auseinandersetzung im wesentlichen unter der Oberfläche geblieben. Erst jetzt im Zusammenhang mit den NR-Wahlen wird sie im breiteren Maßstab aufgenommen werden.

* In Hinblick auf die organisatorischen Auffassungen ist es bis jetzt zu keinen Ausarbeitungen gekommen, die beanspruchen könnten, sich bereits auf die Form der Vereinigung in der nationalen Kampforganisation zu beziehen.

Wir sehen : in mancher Hinsicht müssen wir Stagnation feststellen, in anderer Hinsicht gibt es Fortschritte. Weder die Stagnation in der Ausarbeitung und im Kampf um die Grundsätze und organisatorischen Ansichten, noch die Fortschritte in der Entfaltung der Politik und der Entwicklung der taktischen Auffassungen dürfen unterschätzt werden in ihrer Bedeutung für das Vorankommen zur Einheit der Marxisten-Leninisten in einem nationalen Kampfverband.

Der Salzburger Offene Brief wie auch die Stellungnahmen der Klagenfurter und Grazer Genossen sehen gerade diese Fortschritte in der Ausarbeitung der politischen Linie nicht, weil ihr Blick aufs Programm allein fixiert ist und aus diesem Blickwinkel jeder politische Fortschritt bedeutungslos erscheint und jede Anstrengung in dieser Richtung als "Ablenkung von der Hauptaufgabe". Deshalb auch der einstimmige Aufschrei der Salzburger und Klagenfurter Genossen über unsere Absicht, in unserer Organisation eine Debatte über die Bedingungen und Möglichkeiten einer 14-tägigen Herausgabe des "Klassenkampf" einzuleiten : hier wird gar nicht mehr die Frage gestellt, ob durch einen solchen

Schritt die Entfaltung der Politik in einer Weise begünstigt wird, die im Interesse der nationalen Vereinheitlichung liegt - die Frage ist von vornherein damit beantwortet, daß nur eines wichtig ist : das Programm, und ein derartiges Projekt hur Kräfte von der Programmausarbeitung abziehen kann.

Worin sind nun die Ursachen der teilweisen Stagnation zu suchen, die, wo sie besteht, tatsächlich schwerwiegend und gefährlich ist ?

Aus der Sicht der Salzburger, Grazer und Klagenfurter Genossen muß sie vor allem in der Beliebigkeit und Schlampigkeit des KB Wien und der "blinden Vertrauensseligkeit" usw. der anderen Zirkel zu suchen sein.

Aus unserer Sicht dagegen ist es so, daß das wesentlichste Hindernis für die z.T. stagnierende Entwicklung gerade die beschränkte, schematische Sichtweise des Gangs der nationalen Vereinheitlichung mit ihrer Fixierung auf die Programmfrage als "Hauptkettenglied" war. Diese schematische Sichtweise hat die Unterschätzung der Bedeutung der Ausarbeitung der taktischen Linie begünstigt, die Unterschätzung der Geltendmachung der strategischen und taktischen Grundsätze in der gegebenen konkreten Klassenkampfsituation. Sie hat begünstigt das Hoffen auf das "Patentrezept Programm", mit dem das Zirkelwesen mit all seinen aktuellen Schwierigkeiten aus den Angeln gehoben werden sollte. Sie hat abgelenkt von der Aufgabe der umfassenden Ausarbeitung der politischen Linie im öffentlichen Meinungskampf, die nicht auf die Grundsätze beschränkt werden kann und darf.

Was die Ausarbeitung und den Kampf um die Grundsätze betrifft, kam zu dieser allgemeinen beschränkten Sichtweise eine falsche Vorstellung über die Entwicklung dieses Meinungskampfes, wie er im Bericht über die Salzburger Konferenz als notwendig angegeben wird. Diese falsche Vorstellung, die auch in den Ergebnissen unserer 1.Delegiertenkonferenz ihren Niederschlag gefunden hat, ist offensichtlich bis heute nicht zur Gänze in der kommunistischen Bewegung überwunden. Sie besteht darin, daß der Meinungskampf über die Grundanschauungen eine gewisse Reife erreicht haben müsse, bevor man zum "nächsten Stadium" : der Ausarbeitung von programmatischen Vorschlägen an die kommunistische Bewegung, weitergehen könne. Die Erfahrungen der letzten Monate zeigen jedoch, daß ohne entsprechende Vorschläge der Meinungskampf um die Grundsätze erst gar nicht oder doch nur schwerfällig in Gang kommt, immer wieder zu versanden droht und ohne klaren Rahmen und klares Ziel bleibt. Das wurde auch von unserer Seite her bereits am 20.März im Protokoll der Leitungssitzung (Rundschreiben Nr.16, S.11f) festgehalten, wo vor einer Entwicklung gewarnt wird, "daß die inhaltlichen Fragen voneinander losgelöst, zusammenhanglos - eben nicht als Teil des 'Generalstabplans' behandelt werden und in Hinblick auf dessen Zweck. Deshalb wird es notwendig sein, sehr rasch einen solchen Plan zumindest einmal in den Grundzügen vorzulegen und damit auch der Auseinandersetzung um die verschiedenen inhaltlichen Fragen das Feld abzustecken und sie auf das angestrebte Ziel hinzulenken. Nützlich wäre ein entsprechender Artikel im theoretischen Organ." In dieser Hinsicht stimmen wir also ganz überein mit der Auffassung der Salzburger Genossen, daß ohne Schaffung eines derartigen Bezugspunkts für die Debatte der programmatischen Anschauungen diese Debatte nicht zielführend in Gang gesetzt werden kann.

Die schematische, beschränkte Sichtweise der Entwicklung der nationalen Vereinheitlichung hat offensichtlich auch eine ganz unangemessene Vorstellung vom theoretischen Organ des KB Wien als Wunderwaffe der nationalen Vereinheitlichung begünstigt und eine Unterschätzung der Massenzeitungen der Zirkel, in denen die politische Linie zu den Hauptfragen des Klassenkampfs entwickelt wird : das theoretische Organ kann aber nie mehr sein als ein bestimmtes Forum der wissenschaftlichen Ausarbeitung und Debatte der Linie neben dem der Massenzeitungen. Beide unter-

scheiden sich nur durch die ausführlichere und tiefergehende Untersuchung der einzelnen Fragen, durch die größere Unabhängigkeit von der Tagesaktualität der behandelten Fragen und der breiteren Möglichkeit des Meinungskampfes zu den einzelnen Fragen im theoretischen Organ.

Daß dieses theoretische Organ sich bis heute verzögert hat, hat denn auch seine Grund nicht so sehr in der "Schlampigkeit und Beliebigkeit" des KB-Wien. Das hat seine Grund in erster Lienie darin, daß sich mit der schrittweisen Überwindung der genannten schematischen Vorstellungen auch die Vorstellungen über Aufgaben und Inhalt des theoretischen Organs erst langsam klärten. Damit wurden auch erst die Voraussetzungen geschaffen, dieses Forum der Auseinandersetzung nicht mehr als eine auf die Debatte der Grundsätze beschränkte Sache anzugehen, sondern als Forum der Ausarbeitung und des Meinungkampfes um die politische Linie in einem (Strategie, Taktik und Organisationsprinzipien) umfassende Sinn.

Wenn hier die Beschränktheit und der Schematismus der Betrachtungsweise der Frage als Haubtgrund der Stagnation in den Bemühungen um die nationale Vereinheitlichung in den Vordergrund gerückt wird, soll damit nicht bestritten werden, Daß es auf unserer Seite auch andere subjektive Mängel und Fehler gegeben hat. So wurden vor allem aus der schrittweisen Überwindung dieses Schematismus, wie sie sich bereits im März im Protokoll der Leitungssitzung niederzuschlagen begann (Vgl. Rundschreiben Nr. 16), nicht mit der nötigen Vordrinnglichkeit und Entschlossenheit die Konsequenzen für die eigene Organisation und die ganze Bewegung gezogen; so wurden die Möglichkeiten, auch den "Klassenkampf" zum Forum der Auseinandersetzung um die programmatischen, taktischen und organisatorischen Auffassungen zu machen, nicht im möglichen Maß genutzt usw.

Der Hauptgrund für die in mancher Hinsicht eingetretene Stagnation in den Bemühungen um die nationale Vereinheitlichung muß unserer Meinung nach jedoch unbedingt in der schematischen Betrachtungsweise dieser Frage gesucht werden. Auf ihrem Boden kann die Stagnation auch nicht überwunden werden.

<u>Ist nun der Vorschlag der Leitung des KB Salzburg/Hallein geeignet, die eingetretene Stagnation in den Bemühungen zu überwinden ?</u>

Wir stimmen mit der Auffassung der Salzburger Genossen soweit überein, daß zur Klärung der programmatischen Fragen im öffentlichen Meinungskampf ein Bezugspunkt für diese Auseinandersetung in Form eines Vorschlags für ein programmatisches Dokument notwendig ist und die Ausarbeitung eines solchen Vorschlags an die kommunistische Bewegung unverzüglich angepackt werden muß.
Zur Ausarbeitung dieses Vorschlags waren wir immer der Auffassung, daß die Frage, <u>wer</u> letztlich diesen Entwurf ausarbeitet, eine reine Frage der Zweckmäßigkeit ist. Mit derselben Begründung schlägt nun die Leitung des KB Salzburg/Hallein vor, eine Kommission der KBs und der KG Klagenfurt zur Ausarbeitung eines Programmentwurfs zu bilden.
Bei näherer Betrachtung zeigt sich jedoch, daß dieser Vorschlag des Salzburger Offenen Briefes sich keineswegs nur vom Zweck der Sache leiten läßt, nämlich der Schaffung eines gemeinsamen Bezugpunktes für die Debatte der programmatischen Anschauungen inder gesamten kommunistischen Bewegung in Österreich. Vielmehr läßt sich der Salzburger Vorschlag von der Vorstellung leiten, daß die Bildung der Kommission zu diesem Zweck bereits einen Schritt über die Schranken des Zirkelwesens hinaus darstelle. Die Grazer Genossen heben diese Vorstellung in ihrer Antwort sogar als das Entscheidende hervor.

Diese Auffassung teilen wir nicht, Die angeführten Aufgaben einer solchen Kommission (Rückvermittlung aller wichtigen Ergebnisse der Arbeit am Entwurf an die verschiedenen Zirkel, öffentliche Debatte

über die dabei auftretenden Differenzen) könnten und müßten von jedem Verfasser eines solchen Entwurfs wahrgenommen werden. Das ist kein Argument für eine Kommission, weil es sich dabei um die Frage handelt, welche Auffassung man vom Zustandekommen eines solchen Entwurfs hat. Die Auffassung ist demnach entscheidend; auch eine Kommission wäre da keine Versicherung gegen falsche Auffassungen über die Öffentlichkeit der Debatte der wichtigen Fragen etc.

Bleibt das Argument, daß diese Kommission eine Einrichtung sein soll, die bereits über dem Zirkelwesen stehen soll : das halten wir für einen falschen und gefährlichen Gedanken. Tatsache wäre doch, daß diese Kommission nicht mehr oder weniger über dem Zirkelwesen stehen würde, wie jedes Individuum oder jede Gruppe, die einen Vorschlag ausarbeitet, der "nicht mehr für die Zirkel Bedeutung hat, sondern von Anfang bis Ende vom Geist der nationalen Aufgaben und internationalistischen Pflichten der Kommunisten durchdrungen sein muß" : das ist doch keine Frage der gemischten Zusammensetzung einer Kommission, sondern eine Frage des politischen Herangehens an die Aufgabe ! Eine Kommission beliebiger Zusammensetzung kann genausogut auf dem Boden des Zirkelwesens zirkelbornierte Vorschläge an die Bewegung ausarbeiten, wie ein einzelner Genosse oder ein Zirkel einen Vorschlag ausarbeiten kann, der konsequent mit jeglicher Zirkelbeschränktheit bricht. Auch hier gilt : es gibt keine organisatorischen Versicherungen gegen politische Fehler und schon gar nicht können organisatorische Schritte politische ersetzen. Worauf läuft dann aber der Gedanke des Salzburger Offenen Briefes letztlich hinaus ? Unserer Meinung nach auf nichts anderes als auf die Aufgabe des Kampf um die Einheit der ganzen Bewegung ; auf die Einrichtung einer Institution eines Teils der Bewegung, die "über dem Zirkelzustand der Bewegung steht" - unter Ausschluß des anderen Teils der Bewegung. Diesen Gedanken weisen wir entschieden zurück.

Den Grazer Genossen, die diesem Gedanken im Prinzip zustimmen, ihn sogar für eine bedeutsame Sache halten, ist die Konsequenz dieses Salzburger Vorschlags offensichtlich bewußter gewesen als seinen Autoren : sie betonen ganz richtig, daß ein so schwerwiegender organisatorischer Schritt eines Teils der Bewegung doch eine "öffentlich erklärte gemeinsame Grundlage" voraussetzt. Darin müßte nun wohl auch erklärt werden, warum sich gerade diese Zirkel zusammentun und die anderen von diesem Schritt ausschließen - das setzt wiederum die Abgrenzung voraus, die noch gar nicht vollzogen ist und in Bezug auf die programmatischen Ansichten gerade mit dem Entwurf des programmatischen Dokuments beginnen sollte und vor der wiederum ein solcher organisatorischer Schritt ~~nicht~~ recht begründet werden kann .... Kurz : ein Teufelskreis, aus dem die Grazer Genossen nicht herausfinden - aus dem sie sich nur herausretten, indem sie praktisch wieder das Gleiche vorschlagen, was seit Salzburg unsere Vorstellung der Debatte über die Grundsätze bestimmt hat und sich praktisch bereits ausreichend als nicht zielführend herausgestellt hat : nämlich halt doch die grundsätzlichen Fragen zu diskutieren und die Kommissipn erst nach Klärung des Gemeinsamen und des Trennenden einzurichten. Dazu kann aber nur wiederholt werden : gerade diese Debatte wird erst in Gang kommen und fruchtbar sein, wenn ein programmatischer Vorschlag am Tisch liegt, auf den die gesamte Bewegung sich beziehen kann.

Hat man sich diesen organisatorischen Luftsprung über das Zirkelwesen hinaus aus dem Kopf geschlagen, steht die Frage also wie am Beginn : als Frage der Zweckmäßigkeit. Und bei diesem Zweck handelt es sich wieder um den, der Debatte um die programmatischen Anschauungen inder gesamten Bewegung einen gemeinsamen Bezugspunkt zu geben, und nicht mehr um den, ein Vehikel für einen ersten organisatorischen Schritt "über das Zirkelwesen hinaus" zu machen, der in Wirklichkeit nur Selbstbetrug (und zirkelbornierter Selbstbetrug) wäre und dem Kampf um die Einheit der kommunistischen Bewegung in Österreich nur schaden könnte.

Diese Frage dem richtigen Zweck entsprechend zu behandeln heißt heute unserer Meinung nach, daß Genossen unserer Organisation (eventuell mit dem einen oder anderen Genossen eines anderen Zirkels) diesen Vorschlag unverzüglich auszuarbeiten beginnen - als Vorschlag an die gesamte Bewegung, beginnend mit der Veröffentlichung eines ausführlichen Plans dieses programmatischen Dokuments, der bereits zum ersten Gegenstand der öffentlichen Auseinandersetzung werden kann und soll. Für nicht zweckmäßig würden wir es halten, diese Aufgabe einer Gruppe von Genossen zu übertragen, die aus allen KBs kommen u.dgl. : einmal, weil es von der Aufgabe her nicht nötig ist,; zum zweiten, weil die Kräfteverhältnisse der verschiedenen Zirkel es den meisten schwer machen würde, Genossen für diese Aufgabe abzustellen ; zum dritten, weil vor allem bei einer Zusammensetzung ausschließlich aus den Reihen aller KBs und der KG Klagenfurt die Gefahr bestünde, daß eine Frontstellung zu den anderen Zirkeln sich entwickelt, die den Meinungskampf in der gesamten Bewegung mehr behindert und in die bestehenden Organisationsschranken einzäunt, statt ihm Bahn quer durch alle Organisationen zu geben.

Zusammenfassend :

1. Wir halten es für unbedingt notwendig, mit dem ausschließlich aufs Programm fixierten Schematismus radikal zu brechen und die Ausarbeitung und Vereinheitlichung nicht nur der programmatischen Ansichten, **sondern auch der taktischen und organisatorischen voranzutreiben, mit anderen Worten : die gesamte Politik zu entfalten und zu vereinheitlichen**, so weit das nur möglich und für die Herstellung der Einheit in einer nationalen, demokratisch-zentralistischen Kampforganisation notwendig ist.

2. Im Hinblick auf die Ausarbeitung und Vereinheitlichung der programmatischen Ansichten schlagen wir vor, für die Debatte unverzüglich einen gemeinsamen Bezugspunkt für die ganze Bewegung in Form eines Vorschlags für das programmatische Dokument der nationalen Organisation zu schaffen. Mit der Ausarbeitung dieses Vorschlags wollen wir Genossen unserer Organisation beauftragen, eventuell in Zusammenarbeit mit dem einen oder anderen Genossen eines anderen Zirkels.

3. Im Hinblick auf die Entwicklung der Einschätzung der Klassenkampfsituation und der Ausarbeitung und Erprobung der taktischen Linie schlagen wir vor, die kollektiven Beratungen, Aktionseinheiten und die öffentliche Debatte aller Fragen des Klassenkampfs und unserer politischen Linie mit dem Ziel zu intensivieren, Einheit in der Einschätzung der Klassenkampfsituation und der Festlegung der Taktik zu erkämpfen und sie, soweit das trotz des Zirkelzustands der Bewegung möglich ist, gemeinsam in der Politik zu überprüfen.

4. In Hinblick auf die Herstellung der Einheit in den organisatorischen Ansichten schlagen wir vor, mit einem entsprechenden Vorschlag zu den Organisationsprinzipien der angestrebten nationalen Organisation die Debatte dazu parallel zur Debatte der programmatischen Anschauungen zu eröffnen.

G.St.
Im Auftrag der Leitung d.KB Wien
(beschlossen am 23.7.1975)

Vorschlag der Leitung des KB-Wien worüber auf der Konferenz der kommunistischen Organisationen(2./3.8.75) beraten werden soll.

im Auftrag der Ltg. K.P.

1. Die Leitung des KB-Wien hat in ihrem Beschluß vom 28.6. "Zur Ausrichtung des Wahlkampfes bei den NR-Wahlen am 5.Okt.75"die Abhaltung einer Konferenz der kommunistischen Gruppen vorgeschlagen, auf der erörtert und geprüft werden soll, ob und zwischen wem Einigung erzielt werden kann
   - über das Herangehen an die Wahlen und
   - über den Inhalt des Wahlkampfs hinsichtlich der politischen Fragen, die aufgeworfen werden sollen.

Weiters sind wir der Meinung, daß auf der Konferenz auch Festelgungen über die operative Durchführung der Beschlüsse der Konferenz getroffen werden sollen.
Der folgende Vorschlag soll der Konferenz als Leitlinie der Beratung dienen und ist kein Entwurf einer gemeinsamen Erklärung und kein Entwurf für gemeinsame Beschlüsse, sondern faßt lediglich zusammen, auf welcher Linie und zu welchen Fragen der KB-Wien die Herstellung der Ein heit der kommunistischen Organisationen im NR-Wahlkampf anstrebt. Wir beziehen uns dabei im Wesentlichen auf bereits vorliegende Dokumente und Artikel im "Klassenkampf", wobei zu sagen ist, daß wir nicht die einzelnen Artikel als Diskussionsgrundlage vorschlagen, sondern lediglich auf die dort vertretene Linie zu den bestimmten Fragen verweisen.

2.1. Die Konferenz soll darüber Einigung erzielen,
daß es die Aufgabe der Kommunisten im Wahlkampf ist, an den brennenden Fragen der Volksmassen anzuknüpfen und eine öffentliche Meinung darüber zu schaffen, daß die Wurzel der schlechten Lage der Massen im kapitalistischen System begründet ist;
daß dieses System mit dem Privateigentum an Produktionsmitteln als Kern durch das bestehende politische System gesichert und aufrechterhalten wird;
daß insbesondere die bürgerlichen Parteien auf die Verteidigung dieses Systems eingeschworen sind und die Verteidigung des Privateigentums an Produktionsmitteln ihr oberstes Prinzip ist;
daß die Bourgeoisie das Recht auf Ausbeutung der Arbeiterklasse niemals freiwillig hergeben wird;
daß die Arbeiterklasse sich von niemanden außer sich selbst Verbesserungen ihrer Lage und schließlich die Befreiung von der Lohnsklaverei erwarten darf;
daß über das Schicksal der Arbeiterklasse nicht auf der Ebene des Parlaments sondern im Klassenkampf entschieden wird;
daß die Arbeiterklasse und das Volk daher selbst den Kampf um die Durchsetzung bestimmter Teilziele führen und diesen Kampf fortführen müssen bis zur Eroberung der politischen Macht und zum Aufbau des Sozialismus und
daß die Arbeiterklasse für die Erreichung dieses Ziels einen Kampfstab, eine kommunistische Partei braucht, die es im Klassenkampf aufzubauen gilt.

2.2 Die Konferenz soll darüber Einigung erzielen, daß folgende Fragen des internationalen Klassenkampfes im NR-Wahlkampf eine Rolle spielen sollen und es insbesondere unsere Aufgabe ist, die Haltungen der bürgerlichen Parteien zu diesen Fragen zu entlarven.

-- Die Drohende Kriegsgefahr in der Welt und in Europa verursacht durch das Ringen der beiden Supermächte,
entlang der im Rechenschaftsbericht der Leitung Abschn.I/3 festgelegten Linie;
-- Der Kampf des chilenischen Volkes für den Sturz der Junta auf der Grundlage des Aktionseinheitsaufrufes des Chile-Ko.Wien;
darüberhinaus treten wir ein
Für die Errichtung der bewaffneten Volksmacht in Chile
Für den Sieg des Sozialismus(siehe "Klassenkampf" April 75)
-- Unterstützung des Kampfs der indochinesischen Völker
(Klassenkampf Juli 75)
-- Unterstützung des Kampfes des porugiesischen Volkes.

2.3 Einigkeit soll auf der Konferenz darüber erzielt werden, daß die Entwicklung der Krise und ihre Auswirkungen auf alle Lebens- und Arbeitsverhältnisse der Arbeiterklasse und des Volkes diese vor die Aufgabe stellen, die verstärkte Ausbeutung und Ausplünderung abzuwehren, den Kampf um die Erhaltung des Reallohns aufzunehmen; daß die Arbeiterklasse vor der Aufgabe steht, den verstärkten Spaltungsversuchen der Kapitalisten den Kampf um die Durchsetzung solcher Forderungen entgegenzustellen, der geeignet ist, die Herstellung der Einheit der Arbeiterklasse zu befördern.

Zu den Fragen, die das ganze Volk betreffen schlagen wir vor
-- die Abwehr des staatlichen Raubzugs auf der Linie der Steuerforderungen zu propagieren,
weiters: Keine Erhöhung der Mehrwertsteuer (Klaka Juni s.3)
Keine Gebühren-und Tariferhöhungen
-- uneingeschränktes Recht auf Abtreibung (Klaka Juni s.16) (Beschluß der Leitung)
-- drittens schlagen wir vor die Situation in der Ausbildung der Arbeiterjugend an der sich in extremer Weise die Misere des ganzen Volksbildungswesens im Kapitalismus zeigt entlang der allgemeinen Forderungen zum Volksbildungswesen aufzunehmen (Klaka,Juni s.1, Beschluß zur Ausb.der Arbeiterjugend)

Zu den Fragen, die die Arbeiterklasse betreffen, schlagen wir vor, für solche Forderungen einzutreten, die eine Besserung der Lage der Arbeiterklasse herbeiführen, ihre Fähigkeit erhöhen, den Klassenkampf zu führen, die somit auf die Einschränkung der Konkurrenz unter den Arbeitern und auf die Förderung der Selbständigkeit der Arbeiterklasse gegenüber der Kapitalistenklasse gerichtet sind.
-- Wir treten ein für die Verteidigung des Reallohn, kurze KV-Abschlüsse und gegen jeden Sozialpartnerpakt
(KLaka Mai 75,s.3)(Klala Juli,s.1)
-- gegen die ständige Verlängerung des Arbeitstages und die Einführung von Überstunden als Rationalisierungsmaßnahme fordern wir vom Staat ein Gesetz, in dem ein generelles Überstundenverbot verfügt wird.
-- schließlich die Forderung nach einer ausreichenden Erholungszeit mit dem Ziel: 8 Wochen bez.Urlaub(Klaka Juni,s.13)

herausgegeben vom kommunistischen bund wien
für die kollegen in der öbb

DIE ROTE LOK



Für das uneingeschränkte Recht auf Abtreibung!
Für die ersatzlose Streichung der Abtreibungsparagraphen 96,97,98

Die Verelendung des arbeitenden Volks und die damit größer gewordene Zahl werktätiger Frauen hat in den letzten Jahren dazu geführt, daß immer mehr Frauen gezwungen waren, eine Abtreibung vornehmen zu lassen. Für die Familien aus dem Volk sind es immer die sozialen Verhältnisse, die sie zwingen, auf Kinder zu verzichten, die sie unter anderen Umständen gerne haben würden.

Für die Arbeiter und die anderen Werktätigen ist der Verkauf ihrer Arbeitskraft die einzige Existenzgrundlage. Zur Abtreibung sind deshalb auch gerade Frauen gezwungen, für die ein Kind den Abbruch der Ausbildung oder den Verlust des Arbeitsplatzes bedeuten würde. Unzureichender Lohn und beengte Wohnverhältnisse machen es vielen Familien unmöglich, sich ein oder ein weiteres Kind leisten zu können.

Die soziale Lage ist es, die dazu führt, daß die Arbeiterklasse und große Teile des Volkes gezwungen sind, ihre Kinderzahl zu beschränken, die dazu führt, daß sie häufig auf den Abbruch der Schwangerschaft als letztes Mittel angewiesen sind.

So wurde der alte §144 StG über 100.000 mal jährlich gebrochen. Er erwies sich als ungeeignet, den Bevölkerungszuwachs zu regulieren. Der für den Kapitalismus notwendige Nachschub an Arbeiterbevölkerung sank. Durch die Pille und die steigende Zahl der Abtreibungen sanken die Geburten von 1964 mit 134.000 auf 98.000 im Jahr 1973. Im selben Zeitraum hat die Zahl der Rentenbezieher von 1964 mit 770.000 bis 1973 mit 956.000 um 22% zugenommen. Insgesamt gab es daher 1971 um 3% weniger Arbeitsfähige als 1961.
Gleichzeitig nahm in Teilen der Bevölkerung die Empörung über das Abtreibungsverbot zu. Stimmen wurden laut, die Abtreibung straffrei zu geben. Mit der zunehmenden Verschlechterung der Lage drohte die Frontstellung größere Teile des Volks gegen den Staat und das Abtreibungsverbot zuzunehmen.

Für die Bourgeoisie war es notwendig geworden, eine Regelung zu finden, die einerseits die Empörung abfangen, die zunehmende Frontstellung gegen den Staat aufweichen und andererseits die Abtreibungszahlen unter Kontrolle bringen sollte. Unter den bürgerlichen Parteien gab es über Sinn und Zweck einer Reform des §144 Übereinstimmung dahingehend, daß die Zahl der Abtreibungen gesenkt werden müsse; Differenzen gab es über die Methode und die Art der Reform: entweder die Fristenlösung, wie die SPÖ sie forderte oder die Indikationslösung, die von der ÖVP vorgeschlagen wurde. Entscheidend für die Einführung der Fristenlösung war, daß sich die Bourgeoisie mit dieser Art Reform erwarten konnte, ihren ideologischen Einfluß auf die Massen zu verstärken. Die Frauen sind bei der Fristenlösung gezwungen, sich in den Beratungsstellen der bürgerlichen Propganda zu unterwerfen, in denen der Eindruck xxxxxxxx erweckt wird, daß sich der Staat ihrer sozialen Probleme annimmt. Die Entscheidung,ob eine Abtreibung durchgeführt wird, wird in die Hände der Ärzte gelegt und lenkt so von der staatl.Bevormundung ab. Die Straffreiheit in den ersten drei Monaten erweckt den Eindruck der Liberalisierung. Die Erfahrungen in anderen Ländern(DDR,England) zeigten, daß die Fristenlösung ein gutes Mittel für den kapitalist.Staat ist, die Geburtenzahl anzuheben.
Die bisherigen Erfahrungen mit der Fristenlösung bestätigen, daß die Abtreibungszahlen tatsächlich gesenkt werden können. Die Frauen wenden sich voller Vertrauen an die Beratungsstellen, werden dort als Schwangere registriert, dann aber der Großteil von ihnen von den Spitälern abgewiesen. Weil sie registriert sind und vielfach auch

schon das dritte Monat herangekommen ist, getrauen sich die meisten Frauen auch nicht mehr, illegale Abtreibungen vornehmen zu lassen. Eine noch mögliche Abtreibung bei einem Privatarzt kostet zwischen 10.000.- und 20.000.-, was sich eine Arbeiterfamilie einfach nicht leisten kann.
Die bisherigen Erfahrungen zeigen auch deutlich, daß viele Menschen die Fristenlösung als Erleichterung sehen und den Charakter der Reform noch nicht erkannt haben.
Geltung hat: Je ~~xxxx~~ schärfer das Kapital die Arbeiterklasse im eigenen Land ausbeutet - in der Krise muß sie das immer stärker - desto mehr sinken Geburtenzahlen und Lebenserwartung der arbeitenden Massen, desto notwendiger werden verstärkte Abtreibungskontrollen. Der Druck auf die eigene Arbeiterklasse muß deshlab verstärkt werden, damit die durch Abnutzung und Tod dem Markt entzogenen Arbeitskräfte zum allermindestens durch eine gleichgroße Zahl neuer Arbeitskräfte ersetzt werden.
Mit der Fristenlösung hat der Staat ein gesetzliches Mittel zur verstärkten Kontrolle und Regulierung geschaffen. Mit der Fristenlösung hat er die drohende Frontstellung der Massen aufgeweicht und bei vielen Menschen verlorenen Boden auf der ideologischen Ebene gutgemacht.

Die Arbeiterklasse braucht im Kapitalismus das uneingeschränkte Recht auf Abtreibung.

Gegen die staatliche Reglementierung und gegen die Verschlechterung der Lage vieler Familien des Volks muß die Arbeiterklasse und das Volk die Forderung nach dem uneingeschränkten Recht auf Abtreibung erheben. Die Familien des Volksmüssen ohne Einmischung des Staats selber entscheiden können, wieviele Kinder und wann sie die bekommen wollen und welche Mittel zur Geburtenregelung sie verwenden. Aus diesem Grund ist die Forderung nach uneingeschränktem Recht auf Abtreibung eine alte Forderung auch der österr.Arbeiterbewegung.
Die Beschränkung der Kinderzahlen kann dazu beitragen, daß sich das Elend vieler Familien des Volkes nicht noch vergrößert. Freilich kein Mittel kann sie sein zur Beseitigung der Ursachen dieses Elends. Dieser Ausweg besteht für die Arbeiterklasse nur darin, daß sie die bestehende Ordnung stürzt, die Profitwirtschaft beseitigt und den Sozialismus errichtet.
Die Forderung, die die Arbeiterklasse gegen den bürgerlichen Staat erheben muß und hinter der sie das Volk um sich sammeln kann muß daher sein: Ersatzlose Streichung der §96,97,98! Für das uneingeschränkte Recht auf Abtreibung!

Für die Abtreibung auf Krankenschein!

Diese Forderung stellen wir deshalb auf, weil die Arbeiterklasse und das Volk das Recht auf Abtreibung nur dann benützen können, wenn die Frage der Finanzierung so geregelt wird, daß sich jeder, der abtreiben lassen will, das auch leisten kann. Gerade jetzt zeigt sich deutlich, daß Frauen, die von den Spitälern abgewiesen werden, nur mehr zu Privatärzten gehen können, was sich Familien aus dem Volk nicht leisten können.
Hier treffen wir oft auf das Spalterargument, daß es falsch wäre, daß jene, die nicht abtreiben, die Abtreibungen der anderen finanzieren sollen. Demgegenüber treten wir so auf, daß wir die Forderung nach Bezahlung der Krankenkassenbeiträge durch die Kapitalisten und die Selbstverwaltung der Kassen durch die Arbeiter erheben.

Unsere gegenwärtigen Aufgaben

Richtig ist, daß die Abtreibungsfrage gegenwärtig immer mehr an Bedeutung gewinnen muß. Objektiv durch die sich verschlechternde Lage des arbeitenden Volks;subjektiv dadurch,

daß immer mehr Frauen aus eigener Erfahrung die Fristenlösung und ihre tatsächlichen Auswirkungen kennengelernt haben und damit zunehmend der wahre Charakter der Reform bekannt wird. Es ist aber noch nicht so, daß die Kampfbereitschaft groß ist und nur mehr in Kampfschritten zusammenzufassen wäre.
Unsere Aufgabe ist daher, den ideologischen Kampf durch eine verstärkte Propaganda unter den Massen zu führen und Klarheit über die Frage zu schaffen. Wir müssen eine untersuchungstätigkeit entfalten, die uns in die Lage versetzt, laufend die Meinungen und Stimmungen unter den Massen einzuschätzen. So werden wir den Boden für Auseinandersetzungen bereiten und so werden wir den Zeitpunkt feststellen können, an dem es notwendig ist, wirkliche Kampfschritte zu organisieren und andere Kampfformen zu entfalten.

Dort,wo die Kommunisten die Kraft haben, demokratische Komitees zu organisieren, halten wir es für eine wichtige Sache, solche Komitees aufzubauen. Sie sind ein gutes Mittel, um organisierte Kräfte zu sammeln für eine organisierte Propaganda-,Aufklärungs-und Enthüllungsarbeit sowie für die selbständige Organisierung der Menschen in dieser Frage. Sie sind zum gegeben Zeitpunkt ein gutes Mittel zur Organisierung anderer Kampfformen für das uneingeschränkte Recht auf Abtreibung. Die Grundlage der Komitees sollten die Forderungen "Für das uneingeschränkte Recht auf Abtreibung" und "Für die ersatzlose Streichung der Abtreibungsparagraphen 96,97,und 98" sein. Auf dieser Grundlage ermöglichen wir jedem Gegner des Abtreibungsverbots und der Fristenlösung die Organisierung in den Komitees.

P.F.

Beschlossen in der Leitung am 23.7.75.